

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- (A) men der Fraktion Die Linke bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/8396 mit dem Titel „Braunkohlesanierung durch die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH fortsetzen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Zusatzpunkt 5 c:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, Brigitte Pothmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Im Jahr 2016 die Berufsbildung fit für die Zukunft machen

Drucksachen 18/8259, 18/10858

– Wir haben jetzt schon 2017, aber nun gut.

- (B) Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/10858, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/8259 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen.

Ich rufe den Zusatzpunkt 6 auf:

Wahlvorschläge der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Filmförderungsanstalt gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 1 des Filmförderungsgesetzes (FFG)

Drucksache 18/10867

Wer stimmt für diese Wahlvorschläge? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Wahlvorschläge sind einstimmig angenommen.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe den Zusatzpunkt 7 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion DIE LINKE

Außenpolitische Auswirkungen der US-Truppenverlegungen nach Osteuropa „Atlantic Resolve“

(C) Ich eröffne die Aussprache. Zu Beginn hat das Wort der Kollege Wolfgang Gehrcke für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN – Henning Otte [CDU/CSU]: Jetzt sind wir mal gespannt!)

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Was kann ich denn tun, um die Spannung noch zu erhöhen?

(Dr. Bernd Fabritius [CDU/CSU]: Nichts!)

Ich gebe mir Mühe.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die USA sind dabei, 4 000 Soldaten an die Westgrenze Russlands zu verlegen. Die Bundeswehr leistet logistische Unterstützung. Das, was die USA in Szene setzen, das, was von der Bundeswehr, also von unserem Land, unterstützt wird, hat Außenminister Steinmeier in einer vernünftigen Presseerklärung als Säbelrasseln und Kriegsgeheul bezeichnet.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, er hat recht. Das ist Säbelrasseln und Kriegsgeheul. Das ist Kalter Krieg. Ich möchte gern, dass in unserem Land und auch in Russland verstanden wird, dass es in Deutschland genügend Menschen gibt, die sich der Neuauflage des Kalten Krieges widersetzen. Das ist ganz wichtig, um eine europäische Entspannungspolitik in Gang zu bringen.

(Beifall bei der LINKEN) (D)

Die schriftliche Umsetzung dessen, was Herr Steinmeier hoffentlich – wir werden ja sehen – und vor allen Dingen wie als Säbelrasseln und Kriegsgeheul verstehen, können Sie heute in den Artikeln über die Rede unseres Bundespräsidenten nachlesen. Was dort bezüglich Aufrüstung formuliert wird, ist Kriegsgeheul und Antientensionpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Solch einen Präsidenten braucht unser Land nicht. Diese Ära ist ja auch bald vorbei.

Es gibt im Übrigen keinen Zwang, den amerikanischen Wunsch zu erfüllen, die 4 000 Soldaten, die im Rahmen der Aktion Atlantic Resolve zusätzlich zu dem, was die NATO in Warschau beschlossen hat, in Polen und den baltischen Ländern stationiert werden, durch die Bundeswehr zu unterstützen. Das, was die Bundeswehr macht, ist ein Bruch von Verträgen, namentlich des Zwei-plus-Vier-Vertrages. Es gibt keinen Zwang, Beihilfe zu dem Einsatz zu leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen gibt es einen spannenden Aspekt, mit dem man sich mehr auseinandersetzen sollte: Es gibt einen noch immer gültigen Freundschaftsvertrag, der damals zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland geschlossen worden ist.

Wolfgang Gehrcke

- (A) Diese Verträge sind gültig. Diese Verträge verbieten ein solches Vorgehen. Ich bin dafür, dass man sich an Verträge hält.

(Dr. Bernd Fabritius [CDU/CSU]: Das Budapester Memorandum ist auch gültig!)

– Übrigens, das Potsdamer Abkommen ist auch gültig. Ja, es ist gültiges Recht.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Bernd Fabritius [CDU/CSU]: Budapester!)

– Es ist gut, dass Sie das anmerken. Es wäre auch gut, wenn man dies an Ihrer Politik erkennen könnte. Das wäre noch viel besser.

(Beifall des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte, dass im Bundestag und viel mehr in der Gesellschaft festgehalten und verstanden wird, dass Entspannung in Europa nur Entspannung mit Russland und nicht ohne oder gegen Russland sein kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie glauben doch nicht, dass diese Aktionen von Russland als Friedenserklärung gewertet werden. Wenn man heute mit Russland wieder Kalten Krieg anfängt, zerstört man unendlich viel, was über Jahrzehnte aufgebaut worden ist. Ich möchte nicht, dass das zerstört wird.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Die NATO selbst hat in der Region übrigens 6 000 Soldaten, davon je 1 000 Soldaten in Litauen, Lettland, Estland und Polen, stationiert. Man muss sich schon die Frage stellen, ob das für die betroffenen Länder mehr Sicherheit oder weniger Sicherheit bedeutet.

(Elisabeth Motschmann [CDU/CSU]: Die haben sich das gewünscht!)

Ich bin dafür, dass diese Länder – wie auch alle anderen in Europa – in Sicherheit existieren und leben können.

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau! Das wollen sie!)

Ich glaube, dass diese Politik nicht mehr Sicherheit, sondern weniger Sicherheit bietet.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir schlagen etwas anderes vor. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Länder – gerade vor dem Hintergrund ihrer Geschichte, die sehr schwierig ist, was das Vorgehen der Sowjetunion und anderer angeht – darüber nachdenken und debattieren sowie ein Verständnis dafür entwickeln, dass sie nicht Bollwerke gegen Russland, sondern Brücke zu Russland sein sollten. Das wäre eine effektive Sicherheitspolitik, die man bestärken und entwickeln sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach der Vorstellung der Linken von einem gemeinsamen europäischen Haus braucht dieses Haus keine Waffen, keine Gewalt, keine Bollwerke, sondern offene Türen und offene Fenster. Es soll ein offenes Haus sein.

- Wenn man ein offenes Haus will, dann muss man etwas dafür tun. (C)

Ich möchte zum Schluss die Gelegenheit nutzen, eine Anmerkung zur morgigen Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten, die von vielen zu Recht, wie ich denke, mit Ängsten und Vorbehalten betrachtet wird, zu machen. Ich möchte, dass der Bundestag dem neuen amerikanischen Präsidenten sagt: Setzen Sie ein Zeichen! Ziehen Sie die amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland ab! Das wäre ein ganz wichtiger Schritt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sagen auch: Setzen Sie ein weiteres Zeichen! Schließen Sie Ramstein und das AFRICOM in Stuttgart! Wir wollen, dass auch die USA endlich ihrer weltweiten Verantwortung für Entspannung gerecht werden. Das ist das, was wir dem neuen Präsidenten sagen müssen. Wenn das der gesamte Bundestag sagen würde, hätte das sogar etwas Gewicht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die CDU/CSU spricht jetzt der Kollege Roderich Kiesewetter.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind heute wieder mal Zeuge einer Desinformationsstrategie in einem tiefroten Salonplauderstil geworden. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Diese Rechnung geht aber nicht auf, weil Sie keine Fakten erwähnt haben, sondern Befindlichkeiten, weil Sie keine Tatsachen genannt haben, sondern von „Wünsch dir was“ gesprochen haben, lieber verehrter Herr Kollege Gehrcke. Ich möchte das ein bisschen einordnen. Das Thema verdient keine Polemik, sondern wir sollten es in aller Nüchternheit und Sachlichkeit aufgreifen.

Ich möchte an dieser Stelle klarmachen:

Erstens. Es handelt sich um eine langangekündigte Übung – Atlantische Entschlossenheit, Atlantic Resolve –, die im Jahr 2014, nach der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim durch Russland, geplant wurde. Der erste Vertrag, den Sie gerne eingehalten hätten, ist durch Russland gebrochen worden und niemanden sonst; es handelt sich um das Budapester Memorandum.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Stimmt einfach nicht!)

Vertragstreue ist auf der Seite nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zweitens. Die NATO-Russland-Grundakte sieht die Unverletzlichkeit der Grenzen vor. Die Grenzen wurden durch Russland verletzt, indem die Ukraine destabilisiert

Roderich Kiesewetter

- (A) wurde und indem ein Teil der Ukraine annektiert wurde. Auch hier haben Sie das Falsche behauptet.

Drittens – um die Größenordnung deutlich zu machen –: Seit 2014, also seit der Besetzung der Krim, befindet sich Russland in einem Dauerübungsmodus. Insgesamt zwölf Übungen mit 38 000 bis 95 000 Soldaten, zuletzt im September 2015, hat Russland angesetzt, teilweise über 5 000 bis 6 000 Kilometer Entfernung, und jedes Mal unter Beteiligung nuklearer Planungen. All das war nicht angekündigt. Diese NATO-Übung ist transparent, offen, angekündigt, und sie dient in allererster Linie dem Rückhalt, der Rückversicherung unserer NATO-Mitglieder.

Ich möchte besonders herausstreichen: Diese Übung ist auf Wunsch des Baltikums entstanden und vom NATO-Rat verabschiedet worden. Die letzte vergleichbare Übung war 1988. Um auch hier die Dimension zu zeigen: Damals sind über 100 000 US-amerikanische Soldaten im Namen von Reforger nach Europa verlegt worden und haben zwei Wochen geübt. Seit 1990 haben die europäischen NATO-Staaten ihre Verteidigungsanstrengungen um 25 Prozent und die Verteidigungsausgaben um 9 Prozent reduziert. Das heißt, in Mitteleuropa wurde regelrecht abgerüstet.

Erst mit der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim und den großen Bitten aus dem Baltikum und den Visegradstaaten hat die NATO 2014 einen Kurswechsel vollzogen. Merken Sie wohl: in Reaktion auf das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das sind große Unterschiede. Was Sie hier unserer Öffentlichkeit sagen, ist schlichtweg falsch. Das ist Irreführung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, worauf kommt es uns an?

Erstens. Diese Übung ist ein Baustein von vielen, die der gegenseitigen Rückversicherung dienen. Es sind die Übungen. Es ist eine Reform im NATO-Hauptquartier. Es dient sehr viel in dem Bereich, was Deutschland, die Rahmennation, leistet, dazu, kleineren NATO-Partnern und EU-Partnern Mitarbeit zu ermöglichen. All dies sind Zeichen, dass das verantwortungsbewusste Vorgehen Deutschlands dazu beiträgt, die kleineren und finanziell nicht so stark aufgestellten Staaten in eine gemeinsame Sicherheitspolitik einzubeziehen. Das leisten wir gemeinsam vorbildlich mit den Niederlanden, Frankreich und vielen anderen Staaten.

Zweitens. Wir brauchen innerhalb der Europäischen Union und der NATO-Staaten viel mehr Zusammenhalt. Das gelingt uns, indem wir Verfahren standardisieren. Wir brauchen nicht sechs Kampfpanzertypen, es reicht einer. Wir brauchen nicht vier verschiedene Schützenpanzertypen, es reicht einer. Wir brauchen nicht 16 verschiedene Lkw-Typen, es reicht einer. In diese Richtung muss es gehen. Das 2-Prozent-Ziel ist sicherlich erstrebenswert. Aber viel wichtiger, als 2 Prozent zu investieren, ist, erst einmal zu standardisieren, die Zusammenarbeit zu verbessern.

- Drittens. Es gilt, auch die Zahlen zu vergleichen. Die Bundesrepublik Deutschland wendet 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auf, Russland 5,4 Prozent. (C)

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Und die USA?)

Auch das sind eindeutige Angaben. Wir müssen nicht Russland nacheifern.

Russland versucht doch ganz geschickt, Angst und Unsicherheit zu streuen und den Zusammenhalt zu schwächen, damit die baltischen Staaten oder auch Polen darauf drängen, dass die NATO mehr aufrüstet. Das brauchen wir nicht. Wir müssen die Verteidigungsanstrengungen intensivieren, indem wir Übungen durchführen und Präsenz zeigen. Das machen wir mit der Übung Atlantische Entschlossenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sie reduzieren das ganze Thema auf Aufrüstung. Das ist doch gar nicht Ihr Thema. Mich wundert, dass Sie nicht andere Brücken schlagen wollen. Es ist doch jetzt absehbar, dass wir auf diplomatischer Bühne mit Russland und dem Nahen und Mittleren Osten wieder ins Benehmen kommen. Der Wiederaufbau des Nahen und Mittleren Ostens wird sicherlich mit den Golf-Geldern vollzogen werden, aber doch mit europäischem Know-how und hoffentlich unter Einbindung Russlands. Russland muss sich von seiner militärischen Intervention dort lösen und alles dafür tun, dass Assad abgelöst wird, ein demokratisches Syrien entsteht und der Wiederaufbau möglich wird, sodass Hunderttausende, ja Millionen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können. Dort können wir den Dialog führen. (D)

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sagen Sie das einmal den saudi-arabischen Scheichs!)

Das schaffen wir, indem wir Russland zeigen: Die EU ist entschlossen. Europa, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada arbeiten zusammen. Der transatlantische Zusammenhalt ist gegeben. Es gibt keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit. Zwischen uns passt kein Blatt Papier.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: „Kein Blatt Papier“ – was für eine Sprache!)

Aus dieser Position der Stärke heraus können und müssen wir auf Russland einwirken.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das ist die Sprache des Kalten Krieges!)

Wir dürfen keine neue Aufrüstungsspirale in Gang setzen, sondern müssen durch kluge Übungen, starken Zusammenhalt und politische Initiativen die nötigen Anknüpfungspunkte suchen. Konzentrieren müssen wir uns auf die Umsetzung des Abkommens von Minsk für Russland und die Ukraine sowie auf den Wiederaufbau der Region zwischen Syrien und dem Persischen Golf. Dazu dient im weitesten Sinne auch diese Übung. Es geht um Rückversicherung und einen Blick voraus.

Roderich Kiesewetter

(A) Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Tage versucht die ausgehende US-Administration, noch einmal Fakten zu schaffen. Obama sperrt weite Teile der Arktis als Naturschutzgebiet, er begnadigt die Whistleblowerin Chelsea Manning,

(Beifall des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

und er schickt eine Rückversicherungstruppe nach Osteuropa. Die USA schicken 4 000 Soldaten nach Polen, Estland, Lettland und Litauen, in genau die Länder, zu denen Donald Trump im Wahlkampf gesagt hat: Wenn sie für die Sicherheit durch die USA nicht bezahlen, dann sollen sie doch selber dafür sorgen.

Ich glaube, dass diese Truppenverlegung ein richtiger Schritt ist.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Oh, oh!)

(B) Offiziell soll die Verlegung ja dem Frieden und der Stabilität dienen. Aber in Wirklichkeit ist das nichts anderes, als dass man eine Rückversicherung gibt. Diese Rückversicherung ist einfach notwendig, und zwar nicht wegen der militärischen Bedrohung des Baltikums, wie einige behaupten, sondern es geht darum, den Zusammenhalt des gemeinsamen Europa innerhalb der NATO zu sichern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Ach, darum geht es? Aha!)

– Darum geht es.

Das ist eine Antwort auf verschiedene Personen, die in diesen Tagen politisch aktiv sind. Das hat nichts oder wenig mit Aufrüstung zu tun. 4 000 Soldaten, das sind so viele Menschen, wie in Nikolausberg, einem Stadtteil von Göttingen, leben. Dass sich das größte Land der Welt davon bedroht fühlt, kann man nicht ernsthaft glauben.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Warum machen sie es denn dann?)

Wenn die USA 2 000 Fahrzeuge in Osteuropa parken, wird dies Osteuropa nicht sicherer und Russland nicht unsicherer machen.

Ich bin ja bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Linkspartei, wenn Sie sagen: Wir müssen alles tun, um die taktischen Atomwaffen abzuziehen; wir müssen alles tun, um wirklich zu Schritten nuklearer Abrüstung zu kommen. – Aber an dieser Stelle von Aufrüstung zu

reden, heißt doch wirklich, aus einer Mücke einen Elefanten zu machen. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Es geht doch nicht nur um diese 4 000 Soldaten!)

Es geht um etwas anderes. Es geht darum, dass wir an der NATO-Russland-Grundakte stur festhalten, an dem, was wir mit Russland vereinbart haben. Das heißt: keine dauerhafte Stationierung.

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Daher Rotation!)

Das heißt gleichzeitig, immer wieder den Dialog mit Russland zu suchen. Diese beiden Dinge gehören zusammen. Deswegen ist es richtig, dass Frank-Walter Steinmeier gesagt hat: Wenn man diese Dinge nicht zusammenhält, dann landet man beim Säbelrasseln. – Das war eine Kritik unter anderem an seiner Kabinettskollegin Ursula von der Leyen.

Aber das ist auch gleichzeitig eine Botschaft an viele unserer osteuropäischen Partner. Es ist unter der PiS-Regierung in Polen populär geworden, zu sagen: Wir verteidigen unsere Souveränität. – Die Wahrheit ist: Die polnische Souveränität wird sich genauso wie die lettische und übrigens auch die deutsche nur gemeinsam verteidigen lassen.

(Beifall des Abg. Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (D)

Das ist ein praktisches Dementi dieses Rückzugs auf den Nationalstaat, der so populär geworden ist in den Zeiten des Donald Trump.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nur gemeinsam sind wir souverän. Deswegen ist das Wohl und Wehe von uns Europäern untrennbar miteinander verknüpft. Es geht um gemeinsame Sicherheit, um gemeinsame Freiheit und um gemeinsamen Wohlstand – dies nicht in Feindschaft, sondern in Partnerschaft mit unseren Nachbarn in Russland.

Ich glaube, dass es an der Zeit ist, dass wir uns diese politische Rückversicherung wirklich klarmachen. Denn glaubt man Donald Trumps Interviews, ist die NATO eine reine Geschäftsbeziehung. Sie wird nach Vorteilen und Nachteilen abgewogen.

Dahinter steckt noch eine weitere Überlegung. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, ist er der Auffassung – er hofft und er setzt darauf –, dass Europa auseinanderfällt. Ich verstehe das aus seiner Sicht. Wer die Welt sozusagen für eine einseitige Standortpolitik ausrichten will, freut sich natürlich darauf, wenn er es nur noch mit Staaten wie Mexiko zu tun hat und wenn er Tschechien, Italien und andere genauso behandeln kann. Das kann er mit einem politischen Organismus, einer politischen Entität wie der Europäischen Union mit 440 Millionen Bürgerinnen und Bürgern nach dem Brexit nicht tun. Deswegen müssen

Jürgen Trittin

- (A) wir Europa und wir Europäer zusammenhalten. Das ist der Kern, um den wir an dieser Stelle streiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD)

Lassen Sie mich eine Schlussbemerkung machen. Ich sehe bei Donald Trump noch ein weiteres Motiv. Er möchte, dass wir mehr Geld für Rüstung ausgeben. Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Europa, die europäischen NATO-Mitglieder geben ungefähr dreimal so viel für Rüstung aus wie Russland. Ich sehe da keinen Bedarf.

Ich kann, ehrlich gesagt, nicht verstehen, dass innerhalb der Koalition an dieser Stelle Ruhe herrscht. Ich habe dieser Tage gehört, dass es einen Streit geben soll, wie man mit den Überschüssen aus dem Haushalt umgehen soll. Die einen waren für Investitionen – das finde ich eigentlich vernünftig –, die anderen waren für Schuldentilgung. Jetzt kommt Ursula von der Leyen in Davos mit der neuesten Idee. Sie möchte 24 Milliarden Euro – das ist der Betrag, der gebraucht würde, um das 2-Prozent-Ziel der NATO zu erreichen – zusätzlich in Rüstung stecken.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Sehr richtig! Für Sicherheit! Für Stabilität! Für Frieden! Für Freiheit!)

Meine Damen und Herren, das schafft nicht mehr Sicherheit. Das schafft nicht mehr Zusammenhalt. Das schafft nur mehr Geldverschwendung. Deswegen sollten wir das unterlassen.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Hellmich für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Wolfgang Hellmich (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese sehr aufgeregte Debatte, die von dem einen oder anderen im Lauf der letzten Tage zielgerichtet in einzelne Städte in diesem Land getragen worden ist – entlang einer Strecke, über die die USA mit Unterstützung der Bundeswehr, der Bundesrepublik und ihrer Länder ihren Transport verlegt –, wäre aus meiner Sicht besser mit den realen Fakten unterlegt, um die es geht. Die Fakten, die an anderer Stelle dargestellt werden, entsprechen nicht den Tatsachen.

Tatsache ist eben nicht, dass es sich um Vertragsbrüche handelt, sondern Tatsache ist, dass sich dieses genau im Rahmen des Zwei-plus-Vier-Vertrages, im Rahmen des NATO-Truppenstatuts und im Rahmen des Vertrags „Partnership for Peace“ – 1994 beschlossen und vereinbart von der NATO und anderen Staaten, auch Russ-

land – bewegt. Um nichts anderes geht es da. Das heißt: Das ist kein Rechtsbruch. (C)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU –
Henning Otte [CDU/CSU]: Sehr richtig, Herr
Vorsitzender!)

Dann sage ich, bevor die Frage gestellt wird: Alles das, was dort steht, und alle Regelungen, die dort getroffen worden sind, werden mit den Ländern vereinbart und mit den Ländern in der Bundesrepublik organisiert.

Also geht es im Kern – der Kollege Trittin hat es genannt – in der Tat darum, die Einheit des Westens zu garantieren, diese zu erhalten, dies mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen. Der Satz: „So viel Sicherheit wie nötig und so viel Dialog und Kooperation wie möglich“ gilt nach wie vor, wird weiter gelten. Das ist in den Warschauer Beschlüssen des NATO-Gipfels niedergelegt. Was den Begriff des Säbelrasselns angeht: All das hat dazu geführt, wie der Kollege Mützenich es formuliert hat, dass der Säbel in der Scheide stecken geblieben und nicht aus der Scheide herausgeholt worden ist.

Diese Kooperation und die Rückversicherung sind dringend notwendig, um die Einheit des Westens zu erhalten. Diese Überzeugung ist in den Debatten in den USA aber sehr ins Wanken geraten. Wir haben nun Gelegenheit, konkret über die NATO nachzudenken. Auf der einen Seite hören wir die Aussagen des künftigen amerikanischen Präsidenten und auf der anderen Seite die Aussagen seiner künftigen Minister Tillerson und Mattis, die ein klares Bekenntnis zur NATO als Schutzbündnis abgelegt haben. (D)

Wir werden diese Debatte nicht nur verfolgen, sondern, ich denke, gerade wir als Parlamentarier werden uns über die Parlamentarische Versammlung der NATO und auf anderem Weg auch in die Debatten einbringen und betonen, dass es uns darum geht, die NATO als eine notwendige Plattform des Dialoges und als notwendigen Bestandteil eines breiter angelegten Engagements für Frieden und Sicherheit in dieser Welt zu stärken.

Nennen wir mal die Revitalisierung des Wiener Dokumentes! Fragen wir mal: Sind 4 000 amerikanische Soldatinnen und Soldaten in der Lage, einen Angriffskrieg zu führen? Das kann wirklich keiner behaupten. Wir halten uns an den KSE-Vertrag. Das kann man von der anderen Seite nicht sagen, weil die drei Divisionen, denen die 4 000 amerikanischen Soldatinnen und Soldaten gegenüberstehen, nach dem KSE-Vertrag gar nicht an der Grenze dort stationiert sein dürften.

Es geht hier nicht um die Vorbereitung eines Angriffskrieges, wie Sie von den Linken das an dieser Stelle gerne behaupten. Das muss man klarmachen, und man muss den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland immer wieder sagen: Es geht an der Stelle um die Herstellung von Sicherheit und gleichzeitig um die Eröffnung der Möglichkeiten eines Dialoges mit der EU und der OSZE über die NATO, und zwar mit den Instrumenten der NATO – auf gar keinen Fall mit einer vertragswidrigen Stationierung von neuen Atomwaffen in der Verantwortung Europas, an der die Bundesrepublik beteiligt wäre. Das wäre – das sage ich an den Kollegen

Wolfgang Hellmich

- (A) Kiese Wetter gerichtet, von dem ich so etwas, glaube ich, dieser Tage gelesen habe – der garantiert falsche Weg.

Mehr Verantwortung Europas für die eigene Sicherheit und auch mehr Vertrauensbildung: Ja, das ist wichtig. Europa und die europäischen Länder brauchen eine stärkere Rolle. Sie müssen intensiver kooperieren und zusammenarbeiten, die konkret mit der NATO vereinbarte Arbeitsteilung und Zusammenarbeit mit entsprechenden Maßnahmen unterlegen sowie sich gleichzeitig aktiv an den Instrumenten beteiligen, die zur Eröffnung eines Dialogs mit allen anderen beteiligten Ländern und zur Vertrauensbildung geeignet sind.

Wolfgang Ischinger, der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, hat einen sehr bemerkenswerten Vorschlag gemacht, der, wie ich glaube, verfolgt werden sollte: Warum richten NATO und Russland nicht gemeinsam ein rund um die Uhr besetztes Krisenreaktionszentrum auf neutralem Boden ein, mit dem man in jeder Situation – an welcher Stelle auch immer Krisen ausbrechen – sehr schnell kooperieren und miteinander reden kann? Ich glaube, mit diesen Instrumenten und Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle könnte eine Plattform gebildet werden, auf der wir mehr Frieden in dieser Welt erreichen können.

Konkret: Ich erwarte mir von der Münchner Sicherheitskonferenz eine Menge an Initiativen und Diskussionen an dieser Stelle. Die amerikanische Administration, alle europäischen Länder und viele Staatschefs werden dort vertreten sein. Ich glaube, das ist der Ort, wo wir mit solchen Vorschlägen in die konkrete Diskussion gehen müssen. Wir werden unsere Vorschläge dort einbringen. Diejenigen, die dort sind, werden das tun. Ob das auch die Vertreterinnen und Vertreter der Linken sein werden? Wir werden es sehen.

- (B) Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der SPD)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die CDU/CSU spricht jetzt die Kollegin Elisabeth Motschmann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Elisabeth Motschmann (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufrüstung, Kriegsgeheul, Säbelrasseln, Kalter Krieg, Kriegsvorbereitung: Das alles haben wir von den Linken gehört.

(Henning Otte [CDU/CSU]: Linke Rhetorik!)

Diese Einschätzungen, lieber Herr Gehrcke, sind komplett falsch.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da klatscht noch nicht mal die Unionsfraktion!)

Die Verlegung von Truppen nach Osteuropa ist eben keine Aktion, sondern eine Reaktion –

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das würde auch nichts ändern!)

- eine Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und natürlich auch auf den ebenfalls von Russland begonnenen Krieg in der Ukraine. (C)

Dazu sagt Wolfgang Eichwede, langjähriger Leiter der Forschungsstelle Osteuropa – ich zitiere –:

Mit der russischen Aggression gegen die Ukraine haben wir ... eine neue Situation. Indem die Großmacht Russland mit Gewalt Grenzen verändert, hat sie das Grundprinzip der Entspannungspolitik – Gewaltverzicht – aufgehoben ... Die Folge ist Instabilität. Diese wird bei Balten und Polen noch viel dramatischer empfunden als hier in Deutschland.

Ein kluges Zitat. Ich kann Ihnen nur aus eigener Anschauung sagen, dass zum Beispiel die Balten sehr empfindlich im Hinblick auf das sind, was sie an sowjetischer und natürlich auch an nationalsozialistischer Okkupation erlebt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE])

Mit Säbelrasseln, so wie es übrigens auch Sahra Wagenknecht und Gauland formulieren – die beiden sind sich manchmal unglaublich ähnlich in ihren Formulierungen;

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Steinmeier! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

- ich könnte sie Ihnen jetzt vorlesen, aber das will ich gar nicht –, hat der Truppeneinsatz in Osteuropa nichts zu tun. (D)

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das war ein Satz von Herrn Steinmeier! Gauland und Steinmeier oder Steinmeier und Gauland? – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Sie wechseln da was!)

– Schön, dass Sie sich aufregen. Dann trifft Sie der Vorwurf.

Ich sage Ihnen noch einmal – das ist schon angeklungen –: Die NATO-Partner Polen, Litauen, Lettland und Estland haben um diesen Schutz gebeten.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das war in Afghanistan auch so, als die Sowjetunion da einmarschiert ist! Die hatten auch um den Schutz gebeten! Also vorsichtig, Frau Kollegin!)

Deshalb kommt es zu einer Verlegung einer Panzerbrigade der US-Armee nach Mittel- und Osteuropa. So ist es auf dem NATO-Rat beschlossen worden. Die Bundeswehr unterstützt das; das haben Sie, Herr Gehrcke, gesagt. Aber im Gegensatz zu Ihnen finde ich diese Unterstützung großartig. Ich danke unseren deutschen Soldaten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Franz Thönnes [SPD] – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das sagen Sie mal in Bremerhaven!)

Elisabeth Motschmann

- (A) – Ja, das sage ich auch in Bremerhaven. Das hat meine Kollegin Bettina Hornhues übrigens auch gemacht. Sie ist dagewesen und hat den Soldaten gedankt.

(Bettina Hornhues [CDU/CSU]: Wo waren Sie denn, die Herren von den Linken?)

Der Ministerpräsident von Brandenburg und Polenbeauftragte der Bundesregierung, Dietmar Woidke, sieht den Einsatz kritisch.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Darf er das?)

Es hilft uns nicht weiter

– sagt er –,

wenn Panzer auf beiden Seiten der Grenze auf und ab fahren.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Recht hat er!)

Er sieht darin eine Verschlechterung der Beziehungen zu Russland.

(Beifall bei der LINKEN)

Beides ist falsch. Er befürchtet, dass es künftig nicht mehr zum Dialog kommt. Auch das ist falsch. Natürlich wird es weiter zum Dialog kommen müssen. Natürlich werden Gesprächskanäle offengehalten werden müssen. Natürlich müssen wir die Brücken zu Russland weiter bauen.

- (B) Aber wer sich zum Beispiel über den Einsatz dieser Soldaten – egal, ob es amerikanische, deutsche oder niederländische sind – lustig macht, indem er davon spricht, dass Panzer auf und ab fahren, der schwächt nicht nur unsere Position, sondern der verunsichert auch die Soldaten im Einsatz. Das finde ich nicht in Ordnung. Das ist unverantwortlich.

Die Fraktion der Linken hat noch weitere Vorschläge gemacht: Auflösung der NATO, eine eigenständige europäische Verteidigungspolitik und ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbindung Russlands. Das zeigt eine erstaunliche Nähe zu den Äußerungen von Donald Trump, der die NATO ja für obsolet hält.

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Grundsatzzprogramm der SPD von 1989!)

Seltsam, mit wem Sie bezüglich Ihrer Positionen koalieren. Mit Blick auf Amerika darf man hoffen, dass die Bündnistreue trotz der Äußerungen von Trump bestehen bleibt. Mit Blick auf die Linken bin ich da nicht so sicher. Da kann ich nur hoffen, dass Sie nie Regierungsverantwortung übernehmen.

(Zurufe von der LINKEN)

– Keine Sorge, ich bin ganz entspannt; Sie sollten es auch sein.

Ich möchte mit einem Gedanken von Joachim Gauck aus seiner gestrigen Rede, die ich sehr gut fand, schließen. Er sagte:

... die Aussage, es könne niemals eine militärische Lösung geben, klingt gut und ist gut, allerdings nur, solange sich beide Seiten an diese Maxime halten. (C)

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Einen Monat! Dann sind wir den Präsidenten los!)

Da hat er genau recht. Weil man das mit Blick auf Russland nicht weiß – wir haben ja gesehen, was passiert ist –, ist dieser Einsatz gut und dringend nötig, und ich meine, an dieser Stelle dürfen wir dann auch einmal positiv sagen: Danke, Amerika!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Als Nächster spricht der Kollege Thomas Nord, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Thomas Nord (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Debatte zum 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages sagte ich hier am 23. Juni 2016:

Wer eine Politik der friedlichen und nachhaltigen Koexistenz sowie ein kollektives System für Frieden und Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands anstrebt,

– ich weiß gar nicht, warum man das nicht anstreben sollte – (D)

kann und darf nicht aus den Augen verlieren, dass diese Sicherheit auch eine für die mittel- und osteuropäischen Staaten sein muss. Diese lässt sich nicht durch Säbelrasseln und Wettrüsten erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Position, so denke ich, muss ich heute nicht revidieren. Die internationale Lage, wachsende Spannungen, die militärischen Konflikte an den europäischen Außengrenzen bestätigen diese Position.

Der Truppentransport im Rahmen der NATO-Operation Atlantische Entschlossenheit zeigt das aus meiner Sicht. Es ist kein Zufall, dass dieser Transport auf den Januar vorverlegt wurde. Die Terminänderung zeigt: Er ist kein Zeichen der Stärke, sondern der Verunsicherung und des Misstrauens auch angesichts des Machtwechsels in den Vereinigten Staaten. Die Rotation der Truppen ist ein Trick, um das Verbot dauerhafter Stationierung zu unterlaufen – das sagte übrigens Wolfgang Richter von der Stiftung Wissenschaft und Politik –,

(Zuruf von der LINKEN: Guter Mann!)

und es ist kein Wunder, dass die Russen das natürlich nicht akzeptieren.

Am Tag der Debatte zum Nachbarschaftsvertrag mit Polen, am 23. Juni 2016, wurde der Brexit beschlossen. Die Debatte heute findet am Vorabend der Amtseinführung von Donald Trump statt, und ich bin schon ein we-

Thomas Nord

- (A) nig überrascht. Außer der Union weiß, glaube ich, niemand hier, was dieser Mann wirklich vorhat. Ihr Blick in die Zukunft ist doch eher ein Blick in die Glaskugel, wenn Sie hier davon reden, dass kein Lösblatt zwischen Ihnen passt. Das kann man doch zurzeit gar nicht einschätzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Beide Termine, der 23. Juni und die morgige Amtseinführung, kennzeichnen den tiefgreifenden Wandel in den europäischen und internationalen Beziehungen. Nach dem Kalten Krieg, dem Zusammenbruch der Sowjetunion endet jetzt das Zeitalter der USA als Supermacht.

(Beifall des Abg. Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE])

Nach den Niederlagen in Afghanistan, Irak und dem Scheitern in Syrien können oder wollen die USA ihre weltpolitische Rolle nicht mehr wie bisher ausfüllen. Die USA werden zu einer Großmacht unter anderen. Das ist der geopolitische Kern des von Trump angekündigten „America First“. Russland hat sich vom Zusammenbruch erholt. Mit dem Kriegseinsatz in Syrien ist es zur politischen und imperialen Großmacht geworden.

Wir treten ein in eine Zeit neuer und alter Großmächte, in eine multipolare Welt ohne wechselseitig anerkanntes Kräfteverhältnis. Internationale Institutionen, entstanden als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg, verlieren an Autorität. Das Völkerrecht wird benutzt, wie es gefällt, oder auch missachtet.

- (B) Mit der Wahl von Trump ist der Atlantik breiter geworden. Die Europäische Union ist keine Großmacht und in einer Krise; das sollten wir nicht vergessen. Sie wird nach dem Brexit kontinental, und sie steht auf dem Prüfstand.

Auch die mittel- und osteuropäischen Staaten befinden sich in dieser Situation. Sie sind gleichberechtigte Mitgliedstaaten der EU, haben aber die historische Erfahrung, dass sie wiederholt Spielbälle europäischer Mächte waren. Die baltischen Staaten und Polen fürchten sich vor Russland und rufen nach mehr Schutz durch die NATO, mehr Militär, mehr Aufrüstung und mehr Abschreckung. Zugleich aber führt wachsender Nationalismus zu einer hohen Belastung der Europäischen Union und zur Schwächung wichtiger Formate wie zum Beispiel des Weimarer Dreiecks. Das, werte Kolleginnen und Kollegen, führt in die falsche Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Jeder Krieg kann jederzeit in eine nukleare Auseinandersetzung führen. Die EU steht unter diesen Vorzeichen vor der Notwendigkeit, eine gemeinsame Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik zu skizzieren. Aufrüstung, Militarisierung und Nationalismus sind dabei keine vernünftigen Antworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Weg zu einem System kollektiver Sicherheit muss nicht neu gefunden werden. Man findet ihn zum Beispiel bei Willy Brandt 1971 – Zitat –:

Ich begreife eine Politik für den Frieden als wahre Realpolitik dieser Epoche. ... Wir müssen der Gewalt und der Androhung von Gewalt im Verkehr der Staaten entsagen, endgültig und ohne Ausnahme. Das schließt die Unverletzlichkeit bestehender Grenzen notwendig ein, ... Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle. ... Das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse anderer Staaten muss respektiert werden ... Ein Europa des Friedens braucht die Bereitschaft zum Hinhören auf die Argumente des anderen, denn das Ringen der Überzeugungen und Interessen wird weitergehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist der richtige Weg für die deutsche und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Dafür sollten wir gegenüber Russland, aber auch gegenüber den baltischen Staaten und Polen werben. Das schien schon 1963 illusorisch zu sein, aber es hat Egon Bahr nicht abgehalten, die Feststellung zu treffen – und zwar auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges –: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“ Aus Sicht der Linken bleibt es dabei.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die SPD spricht jetzt der Kollege Franz Thönnies.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Ingo Gädechens [CDU/CSU])

Franz Thönnies (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, wenn wir über die außenpolitischen Auswirkungen von Atlantic Resolve diskutieren. Dabei muss man aber auch über die Gesamtkonzeption und auch darüber reden, welches die auslösenden Faktoren dafür gewesen sind. Das haben die Vorredner zum Teil gemacht. Aber es muss immer wieder klar und deutlich gesagt werden, insbesondere wenn man hier bestimmte Argumente vernimmt: Die militärische Großmacht Russland hat mit ihrem Vorgehen in der Ukraine das Völkerrecht und die fundamentalen Prinzipien der KSZE-Schlussakte und der europäischen Friedensordnung bewusst verletzt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es ist völlig uninteressant, wer das zuvor ebenfalls und an welcher Stelle gemacht hat. Darüber muss man an anderer Stelle diskutieren, und zwar genauso kritisch. Ich schildere noch einmal die Position, die Deutschland innehatte, als es um den Irakkrieg ging. Wir haben damals Nein gesagt, weil wir das für nicht richtig gehalten haben. Aber das gehört nicht in diese Debatte. In dieser Debatte reden wir über die jetzigen Auswirkungen auf die Außenpolitik. Da ist Russland der Auslöser.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Unsicherheit und Skepsis sind momentan die außenpolitischen Auswirkungen vor allem im Baltikum vor dem historischen Hintergrund der sowjetischen und der

Franz Thönnes

- (A) nationalsozialistischen Okkupation. Die Antwort des Westens war nicht Gegengewalt, sondern die Suche nach einer friedlichen Lösung mit den Minsker Vereinbarungen. Diese harren noch immer ihrer Umsetzung, haben jedoch einen europäischen Flächenbrand verhindert.

Weitere Antworten waren die NATO-Gipfel in Wales und in Warschau 2014 und 2016. Trotz unterschiedlicher Positionen fand man durch das deutsche Engagement am Ende einen Kompromiss und gemeinsame Wege. Das ist ganz im Sinne der Politik von Willy Brandt und Egon Bahr, die darauf abzielte, den internationalen Zusammenhalt zu stärken, und nicht, nationalen Egoismen Vorschub zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Das Verteidigungsbündnis stand zusammen und stärkte die Sicherheit seiner Mitglieder bei gleichzeitigem Aufhalten aller Türen für den Dialog mit Russland. Statt der von einigen gewollten Kündigung der NATO-Russland-Grundakte erfolgten deren Bewahrung sowie die Wiederbelebung des NATO-Russland-Rates und die Einrichtung eines roten Telefons zwischen Brüssel und Moskau. Auf der anderen Seite wurde die schnelle Reaktionsfähigkeit des Bündnisses gestärkt.

Wie wir wissen, handelt es sich bei der 3. US-Panzerbrigade, die im Rahmen von Atlantic Resolve nach Osteuropa verlegt wird, um eine zusätzliche bilaterale Maßnahme, um das Ganze zu stützen und zu stärken; ich brauche die Zahlen nicht zu wiederholen. Die Bundeswehr leistet logistische Unterstützung. Alle neun Monate wird diese Brigade in voller Stärke ausgetauscht. Das ist kein Trick und steht in völligem Einklang mit der NATO-Russland-Grundakte. Man kann hier nicht von einer substantziellen Stärkung sprechen.

- (B) Zudem baut die NATO vier Bataillone mit insgesamt 4 000 Soldaten für Polen und das Baltikum als weitere Verstärkung auf. Beteiligt sind hier Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Kroatien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und die USA. Es wäre schön, einmal von Ihrer Seite zu hören, dass hier eine Staatengemeinschaft zusammensteht und dass es ein Solidaritätsprojekt ist, um Sicherheit und Schutz zu gewährleisten. Sie blenden das völlig aus. Das ist ein großes Defizit in Bezug auf Ihre internationale Politikfähigkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist schon interessant und erstaunlich, wenn sich angesichts dieser verhältnismäßigen Reaktion die Linke mit ihrer Fraktionsvorsitzenden und die AfD mit ihrem Parteivize im Rahmen einer völlig überzogenen Kritik fast wortgleich mit folgenden Aussagen treffen: „Das ist nicht mehr nur Drohgebärde, sondern dürfte in Russland als Kriegsvorbereitung wahrgenommen werden.“

(Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Und: „Es ist keine Friedenspolitik, es ist Kriegsdrohpolitik.“

Viel treffender wäre eine solche Rhetorik in dem Fall gewesen, als der russische Botschafter in Dänemark im

- März 2015 die Drohung formulierte, dieses skandinavische Land könne Ziel von Atomraketen werden, wenn es sich am NATO-Raketenschutzschild beteilige. Das Gleiche gilt, als Russland und Weißrussland im September 2009 ein gemeinsames Manöver „Zapad“ mit 12 000 Soldaten durchführten und unter anderem auch einen Atomschlag gegen Polen simulierten. Wo waren diese Stimmen denn damals? Wo waren denn diese Stimmen bei den russischen Manövern, die mit bis zu 160 000 Soldaten durchgeführt wurden?

(Zuruf des Abg. Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE])

Dazu hat man überhaupt keine Besorgnis gehört.

Ich sage Ihnen: Das, was jetzt geschehen ist, ist bündnisstabilisierend, schutzgebend und solidarisch. Aber das darf nicht das letzte Wort sein. Es darf eigentlich überhaupt kein letztes Wort dabei geben. Der Dialog muss aufrechterhalten werden. Eine Eskalationsspirale muss verhindert werden. Es geht um gemeinsame Sicherheit. Dazu gehört der von Frank-Walter Steinmeier in klarer Deutlichkeit ausgesprochene Vorschlag, einen Neustart der Rüstungskontrolle anzustreben. Und dazu gehört die Reform des Wiener Dokuments „Mehr Vertrauen durch Transparenz“. Auch gehört ein klares gemeinsames Bekenntnis zur NATO-Russland-Grundakte dazu. Des Weiteren gehören regionale vertrauensbildende Maßnahmen dazu, zum Beispiel freiwillige Stabilisierungsaktivitäten in Risikozonen,

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Wo ist denn dieser Vorschlag? Nirgendwo!)

Limitierung von Truppenstationierungen und -übungen, gegenseitige Information und Beobachtung, Intensivierung der Beobachtungsflüge im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmel oder Ausbildungsinspektionen, wie sie verabredet worden sind. Außerdem gehören ein Sicherheitsdialog in der OSZE und intensive Gespräche zwischen NATO und Russland dazu.

Es muss Ziel sein, zu einer gemeinsamen Sicherheitsordnung in Europa zu kommen. Notwendig ist eine kooperative Sicherheitsordnung, die das Interesse gemeinsamer Sicherheit, die Bereitschaft zum Dialog und den Verzicht auf eine aggressive Rhetorik bei den Falken auf beiden Seiten – auch bei denen, die es hier teilweise gibt – beinhaltet.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Thönnes, Sie denken bitte an die vereinbarte Redezeit.

Franz Thönnes (SPD):

Je eher dies gelingt, umso weniger werden wir uns in den Diskussionen nur auf das Militärische konzentrieren. Und das wäre gut so.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

(D)

(A) Vizepräsident Johannes Singhammer:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Tobias Lindner, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Tobias Lindner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir zu den Fakten. Worüber reden wir hier eigentlich? Die Vereinigten Staaten verlegen eine Brigade über Bremerhaven nach Polen. Diese Brigade umfasst 3 500 Personen, 2 800 Fahrzeuge und Container, 87 Panzer, 144 Schützenpanzer, 18 Haubitzen und 419 Gefechtsfahrzeuge. Ja, das ist eine ganze Menge an Material. Das muss man nicht mögen; das muss man nicht toll finden. Auch muss man es nicht toll finden, wenn in Europa mehr statt weniger Manöver abgehalten werden. Aber man muss sich die Frage stellen: Warum findet das denn statt?

Herr Kollege Gehrcke, es hätte schon zur Redlichkeit gehört, dann auch einmal über die Ursachen zu reden. Und die sind nun einmal im Verhalten Russlands begründet. Das kann und darf man an dieser Stelle nicht wegdiskutieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der CDU/CSU und der SPD – Widerspruch bei der LINKEN)

Wenn Sie davon sprechen, dass man sich an Verträge halten soll – das ist in dieser Debatte schon erwähnt worden –, dann muss sich die russische Führung den Vorwurf gefallen lassen: Warum haltet ihr euch nicht an Verträge? Warum fahrt ihr mit den Drohungen fort? Warum schafft ihr in Europa eine Situation, in der sich unsere östlichen Bündnispartner bedroht fühlen?

(B)

(Zuruf des Abg. Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE])

In dieser Situation, Herr Kollege Neu – ich weiß, dass es wehtut, wenn einen die eigene Fraktion in einer Debatte nicht reden lässt –,

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

muss man doch einmal die Frage stellen: Was ist denn die Alternative, wenn wir keine Aufrüstungsspirale in Europa wollen? Wäre es eine Alternative, unsere östlichen Bündnispartner alleinzulassen, ihnen keine Rückversicherung zu geben? Was wäre dann die Konsequenz? Die Konsequenz wäre doch, dass sie sich selbst helfen und gerade erst recht aufrüsten würden. Das heißt, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Jeder, dem daran gelegen ist, dass es keine neue Aufrüstungsspirale gibt, muss ein Interesse an dieser Rückversicherungspolitik haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Wenn man Manöver kritisiert, dann muss man auch das Verhalten Russlands an dieser Stelle kritisieren. Nicht nur für die Kollegin Motschmann, sondern für jeden, der den Fernseher eingeschaltet hat, war sichtbar: Da fährt eine Brigade nach Polen. Kollege Kiesewetter hat es erwähnt: Das Ganze ist angekündigt worden. Was macht Russland stattdessen? Es führt sogenannte „snap exerci-

ses“ durch, also Manöver, die nicht angekündigt sind, mit Zehntausenden von Soldaten. Unabhängig davon, dass das Nichtankündigen von Manövern ebenfalls ein Bruch von Verträgen ist, schafft das Raum für gefährliche Missverständnisse, weil niemand wissen kann: Ist das ein Manöver, oder könnte es auch etwas anderes sein? **(C)**

Wenn Sie, Kollege Gehrcke, davon reden, dass die Türen Europas, dass die Türen der NATO offenstehen sollen, dann muss ich erwidern, dass sich Russland den Vorwurf gefallen lassen muss, dass es nicht durch diese offenen Türen geht. Die NATO hat mehrfach, so ist es in den Dokumenten der KSZE niedergelegt, russische Beobachter zu Manövern eingeladen, um auch hier vertrauensbildende Maßnahmen zu schaffen. Ich erwarte, dass solche Einladungen weiterhin ausgesprochen werden. Aber genauso erwarte ich von der russischen Seite, dass eine solche Einladung auch angenommen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Was die NATO angeht, ist für meine Fraktion eines ganz klar: Wenn sich die NATO auf eine Strategie „Abschreckung und Dialog“ festlegt, dann muss für alle Mitgliedstaaten gelten, dass man nicht das eine tut und das andere vielleicht als ein Feigenblatt oder als ein unliebsames Zusatzinstrument behandelt. Ich erwarte von allen Bündnispartnern der NATO, gerade auch von unseren östlichen Bündnispartnern – der Kollege Thönnies hat über Polen und das Baltikum gesprochen –, dass sich alle an diese Strategie halten und dass man, wenn man auf der einen Seite Rückversicherungsmaßnahmen durchführt, auf der anderen Seite wirklich jedes Instrument nutzt, um einen Dialog zumindest anzuregen. **(D)**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt in aller Deutlichkeit: Wir sollten schauen, dass sich der NATO-Russland-Rat nicht weniger, sondern häufiger trifft. Reden schadet nie, und Reden vermeidet die Gefahr gefährlicher Missverständnisse. Das heißt auch, dass man Russland immer wieder zwingt, sich dazu zu verhalten, und dass man Angebote macht. Ich füge hinzu: Das heißt aber auch, dass man dann klar und deutlich benennt, wann die russische Seite solche Angebote wahrnimmt und wann sie nur Fehlinformationen in die Öffentlichkeit streut und solche Angebote ausschlägt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als Grüne erwarten von der Bundesregierung, dass Sie sich auch an dieser Stelle im Bündnis einsetzen, dass der Dialog nicht zu kurz kommt, damit es nicht nur bei Abschreckung bleibt, sondern damit auch die Tür offengehalten wird für eine Lösung dieses Konflikts.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(A) Vizepräsident Johannes Singhammer:

Als Nächster spricht der Kollege Dr. Bernd Fabritius für die CDU/CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Bernd Fabritius (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linke hat eine Aktuelle Stunde beantragt, um nach den außenpolitischen Auswirkungen der US-Truppen-Verlegung nach Osteuropa zu fragen. So weit, so gut.

Die außenpolitischen Auswirkungen anderer Ereignisse scheinen dabei ausgeblendet worden zu sein: die Auswirkungen der Krim-Annexion oder die militärischen Auseinandersetzungen in der Ostukraine, die bereits genannt worden sind. Sie fragen geradeso, als ob Atlantic Resolve innerhalb der NATO-Operation aus dem Nirgendwo komme und als ob urplötzlich eine militärische Drohkulisse gegen den Frieden in dieser Welt aufgebaut werde. Es ist doch keine diffuse Angst der Polen oder der Menschen im Baltikum, die diese auf die Straßen treibt, um die US-Soldaten dankbar zu empfangen. Meine Damen und Herren, es ist doch keine Furcht vor einer vagen Bedrohung durch unbekannte Kräfte. Wer noch immer glaubt, die militärischen und geostrategischen Interessen Russlands würden sich lediglich auf die unmittelbare westliche Nachbarschaft erstrecken, der verkennt die Energie, mit welcher vermeintlich verlorene Einflüsse auch militärisch zurückerobert werden sollen.

(B) Sie fragen nach der außenpolitischen Wirkung der Verlegung der US-Truppen nach Polen. Ich frage Sie nach der außenpolitischen Wirkung „Ami go home“ skandierender Menschen und auch eines brandenburgischen SPD-Ministerpräsidenten – der zu allem Überfluss auch noch Koordinator für die deutsch-polnische Zusammenarbeit ist –,

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

der sich in solche Proteste einreihet, was Kollegin Motschmann zu Recht angesprochen hat.

Die polnische *Rzeczpospolita* spricht in ihrer Sonntagsausgabe gerade mit Bezug auf das Amt Woidkes von „Ironie des Schicksals“ und führt aus, seine Unterstützung für den Protest überrasche nicht. Die Zeitung fragt: „Wird es in Situationen größerer Konflikte nicht zu einer Radikalisierung der Stimmung in Deutschland kommen?“ – Sind einige in Brandenburg wirklich so geschichtsvergessen, dass sie nicht mehr wissen, wer etwa durch die Solidarnosc-Bewegung wesentlich auch zum Fall der Berliner Mauer und der deutschen Wiedervereinigung beigetragen hat? Es war die polnische Bevölkerung, meine Damen und Herren, die heute zusammen mit den Menschen aus dem Baltikum unsere Solidarität einfordert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Auswirkungen solcher Positionen werden uns in unserer Friedenspolitik noch lange beschäftigen.

Woidkes weiteren Äußerungen stimme ich ausdrücklich zu. Es ist sicher besser – ich zitiere –, „trotz aller

Schwierigkeiten den Dialog mit Russland zu suchen“. **(C)** Richtig! Auch ich bin der Überzeugung, dass man mit Russland reden muss. Aber wenn uns die vergangenen zwei bis drei Jahre etwas gelehrt haben, dann, dass gegenüber Russland nicht aus einer Position der Schwäche heraus argumentiert werden kann und wir nur solidarisch stark sind.

Erst im Juni vergangenen Jahres beklagten Sie, Kollege Thomas Nord von der Fraktion Die Linke, im Zuge der Plenardebatte zum 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages, aus der Sie sich heute selbst bereits zitiert haben – ich zitiere –:

Jahrhundertlang waren die Polinnen und Polen Spielball europäischer Großmächte und Opfer machtpolitischer Absprachen – häufig zugunsten Russlands und Preußens bzw. später Deutschlands.

Heute beantragt gerade Ihre Fraktion eine Aktuelle Stunde, um eine Truppenverlegung anzuprangern, die genau das verhindern soll. Meine Damen und Herren, so viel außenpolitische Konsistenz ist bemerkenswert. An solcher ließ es auch die Kollegin Wagenknecht nicht mangeln: Atlantic Resolve sei nicht mehr nur Drohgebärde, sondern dürfte in Russland als konkrete Kriegsvorbereitung wahrgenommen werden und zu entsprechenden Gegenreaktionen führen. – Sie, Herr Kollege Thönnies, haben das bereits angesprochen.

Bei allem Respekt: Drohgebärden und Kriegsvorbereitungen, war das das Stadium, in welchem sich Russland vor fünf Jahren befand? Mittlerweile werden diese **(D)** Kriege in der Ostukraine geführt. Ich glaube, Sie bringen hier die Reihenfolge von Ursache und Wirkung durcheinander. War es nicht Russland, das unter brutalem Bruch des Völkerrechts und auch unter Verrat der im Budapester Abkommen übernommenen Verpflichtungen, Herr Kollege Gehrcke, den souveränen Staat Ukraine angegriffen hat?

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das stimmt einfach nicht!)

Meinen Sie, dass nach derartiger russischer Außenpolitik das Sicherheitsbedürfnis der anderen Nachbarn Russlands und der europäischen Staatengemeinschaft insgesamt die von Ihnen infragegestellten Maßnahmen etwa nicht in höchstem Maße rechtfertigen, ja zwingend erforderlich machen?

Diejenigen, die heute übrigens den Zeigefinger erheben, sind genau dieselben, die angesichts von Aleppo der Weltgemeinschaft Tatenlosigkeit vorwerfen. Ich bin jedenfalls sehr dankbar, dass die USA durch Atlantic Resolve ihren Versprechen auch Taten folgen lassen. Angesichts der Unsicherheit in Bezug auf die künftige Ausrichtung transatlantischer Beziehungen gilt dies umso mehr.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) Vizepräsident Johannes Singhammer:

Der Kollege Dr. Karl-Heinz Brunner spricht jetzt für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Karl-Heinz Brunner (SPD):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Eines – das habe ich heute wieder in der Debatte mitbekommen – haben die Populisten von rechts und die Rhetorik von links gemeinsam, nämlich die gefährliche Lust an der Konfrontation. Während die Rechten ja in der Regel, assistiert von der Russischen Föderation, versuchen, halbe und erfundene Wahrheiten zu verbreiten und Ängste vor düsteren Mächten zu schüren, haben die Linken stets die Verharmlosung von Putin als Friedensengel im Blickfeld, verteufeln die NATO, wo es nur geht, und beschwören wie Sie, lieber Kollege Gehrcke, den Kalten Krieg.

Dabei, meine sehr verehrten Damen und Herren – das ist das Erschütternde –, werden Sie auch noch von angeblichen Sicherheitspolitikern wie Mike Turner, den ich bei der NATO-PV letztes Jahr erleben konnte, assistiert, der allein die militärische Konfrontation in den Mittelpunkt stellt. Gott sei Dank, möchte ich fast sagen, werden alle drei Gruppen leidlich im Zaun gehalten, und es ist klar, dass die NATO nicht mal eben so, wie es kolportiert wird, Tausende von Panzern im Baltikum stationiert; denn die NATO ist ein Sicherheitsbündnis. Es ist ein Sicherheitsbündnis für Abrüstung, nicht für Aufrüstung. So habe ich es jedenfalls immer verstanden, und so sehe ich die NATO auch weiterhin.

(B)

(Widerspruch bei der LINKEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, die aktuelle Truppenverlegung ist Folge einer bilateralen Vereinbarung zwischen Polen und den USA. Sie geht einher mit dem Warschauer Gipfel, der richtig feststellt: Wir zeigen Stärke, wir zeigen Solidarität gegenüber unseren Nachbarn, und gleichzeitig halten wir Gesprächskanäle offen, und zwar alle. Es ist der Arbeit von Frank-Walter Steinmeier, unserem Außenminister, und seiner Initiative zum Neustart der Abrüstungspolitik zu verdanken, dass dieser Gipfel und alle Diskussionen nicht im Zeichen der Konfrontation stehen.

Sogenannte Friedensaktivisten, seien sie von den Rechten oder von der Linken, bilden heute eine Querfront gegen die Truppenübungen, und wir hören von Wagenknecht bis Gauland, dass eine angeblich aggressive NATO den Krieg wolle, dass das unschuldige Russland nicht provoziert und nicht eingekreist werden dürfe. – Mein Gott! Wer allein mit verletzten Gefühlen Außenpolitik macht, der steht nicht auf dem Boden der Realität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist kaum zu glauben, aber seit geraumer Zeit – damit richte ich mich auch an die Linken – ist unser östlicher Nachbarstaat Polen und nicht Russland. Unser Partner ist Polen. Es ist mir fast peinlich, das betonen zu müssen, aber Russland hat nun einmal – das muss man in diesem Hause sagen – keine legitimen Einflussphären, keinen

Anspruch auf Polen, keinen Anspruch auf die baltischen Staaten, auf niemanden. Sie sind souverän. Wenn diese Länder aus ganz konkreter historischer Erfahrung die Nähe zur NATO suchen, dann ist das ihr gutes Recht. Wir haben die Pflicht, ihnen auch zu sagen: Die NATO ist kein bloßes Sicherheitsbündnis, keine Versicherung, sondern sie ist eine Wertegemeinschaft,

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE])

deren Inhalt es wert ist, gesehen zu werden.

Die sich abwechselnden NATO-Truppen nach dem Warschauer Gipfel und auch die jetzigen US-Truppenübungen verletzen die NATO-Russland-Grundakte nicht. Es ist ganz einfach. Mein früherer Professor hätte gesagt: Ein Blick in den Gesetzestext erleichtert die Rechtsfindung. Dazu müsste man nur in die NATO-Russland-Grundakte blicken, dann würden nicht so dumme Aussagen gemacht.

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Dann tun Sie das einmal! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Wen hat Herr Steinmeier mit „Säbelsrassel“ gemeint?)

Ob es klug ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Linken, das umzusetzen, steht auf einem anderen Blatt; denn nicht alles, was erlaubt ist, ist auch klug. Stichwort „Krim“: Es war und ist nicht klug, das Budapester Memorandum zuerst zu unterzeichnen – ich meine damit übrigens Russland – und dann diesen Vertrag zu brechen. Es ist nicht nur unklug, es ist völkerrechtswidrig. Putin, so glaube ich, ist ein kühl kalkulierender Machtpolitiker, für dessen Strategie man durchaus Verständnis haben kann, der man aber mit Entschlossenheit, mit Stärke und vielleicht sogar mit militärischer Präsenz entgegentreten muss. Jedenfalls muss man ihm aber mit Klugheit entgegentreten.

(D)

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Dann üben Sie mal!)

Die eingangs erwähnte Konfrontation allein nützt uns nichts. Bei militärischen Konflikten gibt es keine Sieger, es gibt nur Verlierer. Eine Lösung finden wir nur mit einer klugen Strategie:

Erstens: Gesprächskanäle aufrechterhalten, zum Beispiel im NATO-Russland-Rat.

Zweitens: klare Linien aufzeigen, auch mit Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit.

Drittens: nicht nur von Werten in der NATO reden, sondern deren Einhaltung auch einfordern. Das gilt für die Türkei, das gilt für Polen, das gilt für Deutschland, das gilt für alle Länder dieses Bündnisses.

Das ist vernünftige Realpolitik – das beste Mittel gegen Agitatoren auf beiden Seiten. Das wäre klug, und damit hätte dieser Einsatz eine entsprechende außenpolitische Wirkung.

Dr. Karl-Heinz Brunner

(A) Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die CDU/CSU spricht jetzt der Kollege Henning Otte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Henning Otte (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Stunde gibt uns die Möglichkeit, noch einmal deutlich darauf hinzuweisen, warum diese Truppenverlegung notwendig ist, warum sie richtig ist und warum wir sie auch unterstützen. Sie zeigt ganz klar die Verbundenheit der Vereinigten Staaten gegenüber der Sicherheit und Freiheit in Europa. Sie ist ein deutlicher Ausdruck von Präsenz, von Transparenz. Sie ist im Übrigen seit dem Jahr 2014 schon fest vereinbart. Sie signalisiert die Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der NATO hinsichtlich der Absicherung ihrer Ostgrenzen.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Die NATO hat keine Ostgrenzen!)

Dies, meine Damen und Herren, ist notwendig geworden. Wir hier in Deutschland, in Europa und auch innerhalb unseres NATO-Bündnisses sagen sehr deutlich, dass die Annexion der Krim völkerrechtswidrig war, dass die Einflussnahme in der Ostukraine ein Angriff auf die Souveränität des Landes war,

(B)

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Quatsch! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Es gab aber auch einen Putsch!)

dass sie außerhalb des Rechtsrahmens vollzogen wurde. Insofern ist hier ein deutliches Zeichen Europas und der NATO-Partner notwendig.

Mit hybriden Provokationen, mit Völkerrechtsbruch, mit Alarmierungsübungen, mit Einschüchterungspolitik, mit drei neuen Divisionen an der Grenze untergräbt die Kremlführung ganz bewusst die europäische Integration, und sie befördert damit den Extremismus in der politischen Debatte, nicht nur in Frankreich bei Frau Le Pen, nicht nur bei der AfD, sondern leider auch bei der Fraktion Die Linke – man sieht es an Ihrer Argumentation, meine Damen und Herren.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das habe ich mir gedacht! Alle Wege führen nach Moskau!)

Das alles beunruhigt uns hier in Deutschland, und es beunruhigt vor allem die Menschen in den baltischen Staaten, in Rumänien, in Bulgarien, in Polen und – ich füge hinzu – auch in Schweden und in Finnland. Wir lassen sie nicht allein, sondern stehen aktiv und sichtbar an ihrer Seite.

Meine Damen und Herren, die Anbindung an Europa, an die NATO soll untergraben werden, indem von russischer Seite eine Einschüchterungspolitik vollzogen

wird. Deswegen ist es wichtig, den Schutzdeich an der osteuropäischen NATO-Grenze zu erhöhen. Denn es gibt die klare Strategie des Kreml, die Einflussphäre zu erweitern, die Souveränität von Staaten zu untergraben und anzugreifen. Insofern ist Atlantic Resolve eine gut angelegte multinationale Unternehmung, und wir sind den Vereinigten Staaten für dieses sichtbare Zeichen für Frieden und Stabilität in Europa dankbar.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das hört Trump aber gerne!)

Deutschland unterstützt diese Maßnahmen im Rahmen des sogenannten Host Nation Supports, indem 4 000 US-amerikanische Soldaten Deutschland als Drehscheibe logistisch nutzen können,

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Hey! „Deutschland als Drehscheibe“!)

um von hier aus die baltischen Staaten und Polen zu unterstützen. Das geschieht auf Grundlage des NATO-Truppenstatuts und damit im Rahmen von Recht und Ordnung

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Sie reden ja wie Kaczynski!)

und ist Ausfluss der NATO-Gipfel von Wales und Warschau.

Wir unterstützen dies auch mit einer Enhanced Forward Presence, einer sogenannten Vorne-Präsenz, um deutlich zu machen: Wir sind bei den baltischen Staaten, wir sind bei Polen. Denn wir sagen: Bündnisverteidigung ist auch Landesverteidigung. Auch deswegen leistet Deutschland einen Beitrag in Litauen, wo wir ab 2017 mit 450 Soldaten zusammen mit den Niederländern, mit den Norwegern, mit den Belgiern ein Zeichen für diese Einigkeit setzen.

Deutschland leistet einen Beitrag zur sogenannten schnellen Speerspitze der NATO, allein, um mit einer schnellen Präsenz in einer Phase der Beunruhigung innerhalb des NATO-Gebietes deutlich zu machen, dass wir zusammenstehen und dass ein Überschreiten der Grenze durch den Kreml ein Angriff auf alle souveränen Staaten wäre. Auch hier sind wir uns der Rückendeckung, der Rückversicherung durch Kanada und die Vereinigten Staaten im Rahmen der wichtigen, notwendigen transatlantischen Beziehungen sicher.

Das alles geschieht im Rahmen der Ergebnisse der Zwei-plus-Vier-Gespräche und der NATO-Russland-Grundakte. Wir stehen zu diesem Recht, auch um deutlich zu machen, dass es Unrecht war, die Krim zu annektieren. Wir setzen uns ein für ein geeintes Europa, für eine starke NATO mit dem klaren Ziel von Frieden und Freiheit, einer friedlichen Entwicklung hier in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Zum Abschluss der Aktuellen Stunde spricht der Kollege Thorsten Frei für die CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Thorsten Frei (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde genommen muss man der Fraktion Die Linke dankbar dafür sein,

(Beifall bei der LINKEN)

dass sie dieses Thema auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt hat; denn wir konnten in der vergangenen Stunde sehr exakt darlegen, dass Sie absolut schief liegen. Außerdem hatten wir so die Gelegenheit, ein paar Bemerkungen zur allgemeinen Sicherheitslage in Deutschland und Europa zu machen. Herzlichen Dank für diese Gelegenheit.

(Beifall bei der CDU/CSU – Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Gern geschehen!)

Wenn man das Ganze vom Ende her betrachtet, dann muss man sagen: Deutschland geht es so gut wie noch nie in unserer Geschichte, und das hat nicht nur mit den ökonomischen Rahmenbedingungen zu tun, sondern das hat auch etwas mit Frieden, mit Stabilität und mit Sicherheit in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland und Europa zu tun.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das ist undifferenziert! Sie kennen die gesellschaftliche Realität offenkundig nicht!)

Dafür gibt es Gründe, und ein ganz wesentlicher Grund dafür ist die Partnerschaft, die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein ganz wesentlicher Punkt ist die Rückversicherung in der Sicherheitsgemeinschaft der NATO.

(B)

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das habe ich mir gedacht!)

Das ist der Grund, warum wir in der Vergangenheit in Sicherheit, in Freiheit und in Frieden leben konnten, und das gilt auch für die Zukunft. Deswegen sage ich an dieser Stelle ganz klar: Man kann vieles sagen, aber eines ist die NATO mit Sicherheit nicht: Sie ist nicht obsolet, sondern sie wird in Zukunft eher noch mehr gebraucht werden als in der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Der Wohlstand wird am Hindukusch verteidigt! – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Ein Auslaufmodell!)

Deswegen ist es folgerichtig, dass wir uns militärisch in Litauen engagieren. Es ist folgerichtig, dass wir positiv zur Kenntnis nehmen, dass 4 000 amerikanische Soldaten über Bremen nach Polen entsendet werden; denn letztlich können wir damit das klare Signal senden, dass wir die gemeinschaftliche Sicherheit in Europa verteidigen wollen. Es geht darum, sich für einander einzusetzen und sich gemeinsam stark zu machen; denn leider – das haben einige Vorredner schon ausführlich dargelegt – ist es so, dass sowohl Atlantic Resolve als auch die NATO-Rückversicherung notwendig sind und dass die Ängste und Befürchtungen, die es in Lettland, in Litauen, in Estland und in Polen gibt, absolut berechtigt sind. Es geht mir nicht nur um die Entwicklungen seit März 2014,

als mit der Annexion der Krim zum ersten Mal seit Jahrzehnten in Europa wieder einseitig und mit militärischer Gewalt Grenzen verändert worden sind. **(C)**

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Lüge! Das stimmt nicht! 1999 die NATO in Jugoslawien! Stichwort „Kosovo“! – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Was war 1999 in Jugoslawien?)

Letztlich wurde damit die Axt an die Grundprinzipien für Sicherheit in Europa angelegt.

Es geht des Weiteren – auch darüber haben wir gesprochen – um Drohungen, es geht um Übungen, es geht darum, dass Nuklearwaffentests simuliert werden.

(Zurufe von der LINKEN)

Es geht darum, dass Lufträume, etwa von Schweden oder von Finnland, verletzt wurden. Es geht auch darum, dass, bevor die amerikanischen Soldaten in Bremen angekommen sind, letztendlich Russland an seiner Westgrenze die erste Panzerarmee mit drei Divisionen mit etwa 30 000 Soldaten, die sie eigentlich 1998 aufgelöst haben, wieder in den Dienst gesetzt hat,

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Aber auf russischem Gebiet und nicht außerhalb!)

und zwar an der Westgrenze, wohlgemerkt! Die amerikanischen Soldaten werden nicht an der polnischen Ostgrenze stationiert.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Aber in Polen und nicht in den USA!)

(D)

Das ist doch auch ein klares Signal. Wenn ich an den vergangenen November denke, als Russland an seiner Westgrenze eine Zivilschutzübung unter Beteiligung von 40 Millionen Bürgern durchgeführt hat: Das sind doch klare Signale. Man darf Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Das ist der entscheidende Fehler, den Sie machen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Da hat Sie die Geschichte das Fürchten gelehrt! – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Zweiter Weltkrieg auf sowjetischem Boden!)

– Reden Sie doch, wenn Sie Rederecht haben, aber nicht jetzt, Herr Neu. Hören Sie besser zu! Sie haben in dieser Debatte einiges zu lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb ist es ganz entscheidend, auf die Geschehnisse zu reagieren.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Seit ihr eine Große Koalition habt, gibt es eh keine Zurufe mehr! Seien Sie einmal souverän! Wie sehr ich Ottmar Schreiner vermisste!)

Wenn Sie sich anschauen, wie sich Russland in den vergangenen vier, fünf Jahren verhalten hat, dann ist doch klar, dass wir eine klare Reaktion brauchen. Bereits im Jahr 2010 hat der russische Präsident die Losung ausgegeben, dass bis zum Jahr 2020 rund 500 Milliarden Euro in die Rüstung investiert werden sollen. 2015 ist der

Thorsten Frei

- (A) Rüstungsetat um 8 Prozent auf mehr als 60 Milliarden Euro gestiegen.

(Zurufe von der LINKEN)

Der Kollege Roderich Kiesewetter hat deutlich gemacht, dass inzwischen 5 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Russlands in die Bereiche Sicherheit und Verteidigung fließen. Dieses Geld wird in Projekte investiert, die tatsächlich umgesetzt werden, und damit wird Politik gemacht.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: 700 Milliarden in den USA!)

Der entscheidende Punkt ist: Es ist so, dass die russische Bevölkerung zu einem großen Teil dieser Politik der Stärke, einer Politik, die auf Weltmachtinteressen setzt, folgt;

(Zuruf des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

denn sie nimmt letztlich nicht nur in Kauf, dass viel Geld für Rüstung ausgegeben wird, sondern auch, dass im gleichen Zeitraum, in dem die Rüstungsausgaben von 3 auf 5,4 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung gestiegen sind, beispielsweise die Bildungsausgaben von 5,1 auf 3,9 Prozent und beispielsweise die Ausgaben für Gesundheit von 4 auf 2,2 Prozent gesunken sind. Das heißt, die russische Bevölkerung nimmt letztlich Wohlstandsverluste, Demokratieverluste und Freiheitsverluste in Kauf, um diesem Konzept zu dienen.

- (B) (Heike Hänsel [DIE LINKE]: Das passiert in Deutschland aber genauso! – Zuruf des Abg. Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE])

Ich glaube, wir müssen dem eine Politik der Stärke entgegenhalten, um die Voraussetzungen für Gespräche mit Russland zu eröffnen. Auf das Rational des Präsidenten Putin muss man mit dem gleichen Rational antworten. Das ist das Ergebnis dieser Debatte.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dagmar Freitag [SPD])

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Sportausschusses (5. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

13. Sportbericht der Bundesregierung

Drucksachen 18/3523, 18/9748

Dazu liegt je ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für diese Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Widerspruch dagegen sehe ich keinen. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Bundesregierung dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ole Schröder das Wort. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Ole Schröder, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor knapp zwei Jahren hat der Bundesinnenminister Thomas de Maizière den 13. Sportbericht der Bundesregierung hier vorgestellt. Dabei war auch die durchwachsene Bilanz der deutschen Mannschaft bei den Winterspielen in Sotschi 2014 Thema. Ziel des Sportberichts ist es, eine Bilanz der Förderpolitik des Bundes zu ziehen. Vor zwei Jahren haben wir festgestellt, dass sich der deutsche Spitzensport an einem Scheideweg befindet.

Mit den Medaillen bei den Sommerspielen in Rio haben wir uns auf dem Niveau von Peking und London eingependelt, also auf einem Niveau, bei dem wir Reformbedarf festgestellt haben. Nicht nur, um uns nach oben zu orientieren, sondern auch, um nicht nach unten abzurutschen, bedarf es einer Reform.

Inzwischen haben wir ein Konzept zur Neustrukturierung der Spitzensportförderung vorgelegt. Es verfolgt drei wesentliche Leitlinien: Zielorientierung und Exzellenz, Leistung und Transparenz sowie Fairness und Sauberkeit. Das Konzept ist ein gemeinsames Werk des Bundesinnenministeriums, des Deutschen Olympischen Sportbundes, der Länder, der Sportverbände, der Athleten sowie renommierter Sportwissenschaftler. Es freut mich, dass sich vor allem auch der Sportausschuss des Bundestages eingebracht hat. (D)

(Jeannine Pflugradt [SPD]: Wir hätten uns gerne noch mehr eingebracht!)

Wichtig ist, dass der Sportausschuss jetzt auch die Umsetzung der Reform eng begleiten wird.

Es geht darum, dass wir in Zukunft die Fördermittel zielgenauer auf das Erfolgspotenzial der Athleten, Sportarten und Disziplinen konzentrieren. Es geht aber nicht nur um die Erfolgspotenziale, es geht zum Beispiel auch um die Absicherung von Athleten durch den Ausbau der dualen Karriere und ein verbessertes Gesundheitsmanagement. Maßgeblich bei allen Überlegungen ist, dass der Sportler im Mittelpunkt steht.

Wir brauchen bei unserer Reform allerdings einen langen Atem. Großbritannien hat 1996 in Atlanta gerade einmal eine Goldmedaille gewonnen. Bis zum Gewinn von 29 Goldmedaillen und dem Wirksamwerden der Reform bei den Spielen 2012 in London hat es 16 Jahre gedauert. Auch für unsere Fußballnationalmannschaft hat es vom Rumpelfußball 1998 in Frankreich bis zum Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 16 Jahre gedauert – bis die Nachwuchsförderung, bis die Reform beim Fußballverband gegriffen hat.

Meine Damen und Herren, Sport und Politik bekennen sich in diesem Konzept auch zur Gleichstellung von olympischem und paralympischem Sport. Diese Gleich-